

Mathias Delori

Brüssel bombardieren! Einige Widersprüche im Krieg gegen den Terrorismus¹

Am 13. November 2015 wurde Paris samt seiner umliegenden Region durch terroristische Attentate, zu denen sich der Islamische Staat bekannte und die zu mehr als 130 Toten führten, mit Blut besudelt. Ein einziger Gedanke beherrscht seitdem die öffentliche Meinung Frankreichs: Präsident Hollande erklärte diesen Krieg feierlich vor dem am 16. November in Versailles versammelten Kongress. Im Anschluss an seine Rede stimmten die Parlamentarier gemeinsam die Marschlässe an, die martialischer Klang als je zuvor:

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Anmerkung, dass diese Reden und Gesänge nicht eine rein symbolische Pose darstellen. Seit dem 15. November intensivieren die französischen Katalas und Mitras 2000 nämlich die Bombardements der Stadt Rakka, eines der Zentren des Islamischen Staates. Indessen führen die Ermittlungen zu den dramatischen Attentaten vom 13. November genauso, wenn nicht sogar noch mehr, nach Brüssel wie nach Rakka. Abdelhamid Abaoud – der mutmaßliche Drahtzieher der Attacken – ist kein Syrer, sondern Belgier und mehr noch: Brüsseler.

Genau wie seine Komplizen und ihre Vorgänger vom vergangenen Januar (A. Coulibaly und die Brüder Kouachi), ist Abaoud ein Kind Europas. Bestärkt durch diese Feststellung schlug der französische Publizist Eric Zemmour im vergangenen November vor, das Brüsseler Stadtviertel Molenbeek, die mutmaßliche Brutstätte des heimischen Terrorismus, zu bombardieren. Nehmen wir ihn nicht beim Wort, aber führen wir ein Gedankenexperiment durch, indem wir uns zwei Fragen stellen: Wie würden wir reagieren, wenn Frankreich,

Deutschland oder ein anderes vom Terrorismus getroffenes Land entscheiden würde, Brüssel, Lyon oder München mit dem Vorwand zu bombardieren, dass diese Städte einigen Terroristen als Stützpunkt oder als Wohnort gedient hätten? Und haben wir genauso reagiert, als wir am 15. November von der Intensivierung der Bombardements auf Rakka erfuhrten? Ein solches Gedankenexperiment ist sinnvoll, um einige Widersprüche im Krieg gegen den Terrorismus zu verdeutlichen.

Der Politikwissenschaftler Martin Shaw ging diesen Widersprüchen in seiner Theorie der Bedeutung des „Risiko-Transfers“ (Shaw 2005) in der westlichen Kriegführung nach. Er beobachtet zunächst, dass der „Krieg gegen den (Islamischen) Terrorismus“ ein globaler Krieg in der Hinsicht ist, dass die westlichen Mächte ihn an zwei Fronten führen: An der sogenannten „inneren Front“ (das Gebiet der Vereinigten Staaten, Europas etc.) und an der so genannten „äußeren Front“: Afghanistan, Mali, Irak, Syrien – Länder, die alle mehrheitlich muslimisch und zugleich ehemalige Kolonien sind. Auch wenn es sich um ein und denselben Krieg handelt, nutzen die westlichen Mächte keineswegs dieselben Waffen auf diesen beiden Schauplätzen. An der „inneren Front“ nutzen sie die „normalen“ politischen Werkzeuge: die Polizei, die Justiz oder im Notfall Sonderkommandos. An der „äußeren Front“ hingegen werfen die westlichen Mächte Bomben mithilfe von Drohnen oder Jagdbombern ab.

Es gibt keinen „technischen“ Grund für diese unterschiedliche Weise, die „Neutralisierung“ von Terroristen zu betreiben. Es ist ohne weiteres möglich, Sonderkommandos

aufserhalb der heimischen Territorien einzusetzen. Die Vereinigten Staaten lassen es sich übrigens nicht nehmen, dies unter bestimmten Voraussetzungen auch zu tun, denken wir z. B. an die Tötung von Osama bin Laden am 2. Mai 2011. Diese unterschiedlichen Verfahren im Umgang mit Terroristen haben ihre Wurzeln in einem grundlegenden Phänomen, nämlich in der Beziehung der westlichen Gesellschaften zur Gewalt.

Selbst wenn die Operatoren der Drohnen und die Piloten der Jagdbomber ihr Möglichstes tun, um zivile Leben zu schonen, erzeugen die von ihnen abgeworfenen Bomben – aufgrund ihrer Einschlags- und Explosionswirkung – viel größere Kollateralschäden als die Kugeln von Polizisten oder von Scharfschützen in Verantwortungsträger dazu bereit sind, die Möglichkeit eines durch eine verirrte Kugel getöteten westlichen Zivilisten auf sich zu nehmen, sind sie nicht gewillt. Dutzende ihrer Mitbürger sterben zu sehen, die sich zufällig einige Meter entfernt vom Aufschlag einer 250 kg schweren Bombe aufhielten, die von einer Rakete, einer Mirage 2000 oder einer F-18 abgeworfen wurde.

Diese fundamentalen Unterschiede in der Nutzung sicherheitsstaatlicher Instrumente kommen sehr deutlich zum Vorschein, wenn ein muslimischer Terrorist in Paris, München oder Washington aufgespürt wird. Niemand kommt dann auf die Idee, Luftschläge zu beschließen. Im Gegenteil, man schickt polizeiliche Sondereinheiten, um ihn festzunehmen. Erweist sich diese Operation als heikel, eliminiert man ihn – gerade um „Kollateralschäden“ zu vermeiden. Die rechtsextremen, inksextremen oder separatistischen Varianten des Terrorismus werden durchweg auf diese Weise bekämpft.

Diese Beobachtung nimmt Shaw zum Anlass, einen ersten inneren Widerspruch im Krieg gegen den Terrorismus zu formulieren. Obgleich dieser im Namen moderner liberaler Menschenrechte geführt wird, welche die Gleichheit aller Menschenleben postulieren, sind bestimmte (zivile) Leben augenscheinlich weniger wertvoll als andere. Kommen wir auf das weiter oben angesprochene Gedankenexperiment zurück: Wer wäre das zivile Opfer

Brüssel bombardieren! Widersprüche im Krieg gegen den Terrorismus

einer in Brüssel detonierenden französischen Bombe? Wahrscheinlich eine menschliche Person, um die man – legitim – beim Hören ihres Namens, ihrer Geschichte, der zahlreichen von ihren Angehörigen erzählten Anekdoten (gesetzmäßig) trauern würde. Wer aber ist ein ziviles Opfer einer in Rakka zersichelnden französischen Bombe? Die getötete Person wird wahrscheinlich ignoriert oder als „Kollateralopfer“ versachlicht. Bestenfalls wird sie als ein bedauerliches, aber instrumentell gerechtfertigtes Opfer betrachtet im Namen dessen, was Eyal Weizman (2012) das „Prinzip des geringeren Übels“ nennt.

Wenn wir gerade dabei sind, Nutzenkalküle zur Bemessung menschlichen Lebens anzustellen, werden wir feststellen, dass dieser Unterschied in der Bewertung westlicher und nicht-westlicher Leben sich auch als konkretes kapitalistisches Dispositiv verkörpert: nämlich in Form der von westlichen Regierungen an die Opfer des Krieges gegen den Terror gezahlten finanziellen Entschädigungen. Im Durchschnitt erhielten die Familien der Opfer des Attentats vom 11. September 2001 die Summe von 1,8 Millionen Dollar. Die afghanischen und irakischen Opferfamilien können als Opfer amerikanischer Bomben 2.500 Dollar beanspruchen, und selbst eine solche Summe nur unter drastischen Nachweisbedingungen.²

Diese Beobachtungen veranschaulichen eine einfache, aber wichtige Tatsache für unser Thema: Der humanistische Interpretationsansatz ist verzerrt durch einen vorherrschenden, eher traditionell begründeten Gedanken, und zwar die Tatsache, dass man mehr Sympathie für die in der Nähe Lebenden hat als für die anderen, weit entfernten. Es ist jedoch wichtig, das Ausmaß dieses nur scheinbar trivialen Phänomens richtig zu erfassen. In der Tat, dieser verzerrte kommunikatistische Gedankengang lässt sich nicht nur auf die Zivilisten, sondern auch auf die westlichen Kampfsoldaten anwenden. Hier bekommt der Ausdruck des „Risiko-Transfers“ seine ganze Bedeutung. Die westlichen Gesellschaften und Streitkräfte wollen um keinen Preis westliche Opfer akzeptieren – und darin sind die Kampfsoldaten eingeschlossen. Als Konsequenz ziehen sie es vor, auf nicht-westliche (Zivil-)Bewölkerungen die Risiken des Krieges

gegen den Terrorismus zu „transferieren“. Diese Erkenntnis erklärt, warum Luftschläge und Drohnen im heutigen Krieg zentral sind. Auch wenn diese Instrumente mehr nicht-westliche zivile Tote verursachen als die Einsätze von am Boden operierenden Elite-Spezialkräften, haben sie einen unschätzbaren Wert: Sie garantieren das (Über)leben der westlichen Kampfsoldaten.

Unser Gedankenexperiment – nämlich Brüssel zu bombardieren – bringt eine weitere Einsicht mit sich: Es veranschaulicht die Tatsache, dass der „Krieg gegen den Terrorismus“ tatsächlich ein ... Krieg ist. Dieser Krieg stellt in der Tat eine historische Besonderheit dar; denn er wird von den meisten seiner Befürworter nicht als solcher wahrgenommen. Dies wurde bereits deutlich nach den Pariser Attentaten im Januar 2015. Es gab damals eine Abwechslung zwischen dem Diskurs eines Teils der Demonstranten und der konkreten Bedeutung ihres Verhaltens (vgl. Bertrand/Delori 2015). Während der rechte Flügel der Demonstrationen seinen Hass auf den Islam (schon damals) auf maritimaische Weise verkündete, verschrüb der linke Flügel seine symbolische Aktion einem anderen Wortfeld: dem Verzicht auf Gewalt, der interethnischen Vermischung, der Verteidigung der Meinungsfreiheit etc. Die Anwesenheit des NATO-Generalsekretärs, des israelischen Premierministers Benjamin Netanyahu und 70 anderer am Krieg gegen den Terrorismus beteiligten Politiker an der Spitze des Pariser Trauermarsches vom 11. Januar hätte eigentlich einige Fragen aufwerfen müssen. Doch trotz ihres proklamierten Willens zum Gewaltverzicht gingen die eher links orientierten Gedenkmarschierer nicht zum Protest auf die Straße, als Manuel Valls dem Terrorismus den Krieg erklärte (am 10. Januar), als die französischen Abgeordneten eine (schon zum damaligen Zeitpunkt) maritimaisch klingende Marschliede anstimmten und als Präsident Hollande entschied, die Schläge gegen den Islamischen Staat zu intensivieren. Im Gegenteil, die Regierung gewann zwananzig Prozentpunkte an Popularität in den Umfragen, nachdem sie angekündigt hatte, den Flugzeugträger *Charles de Gaulle* mit seinen Rakete-Kampfflugzeugen in Richtung Irak und Syrien zu senden. Dieser Widerspruch erklärt

die Überraschung und Bestürzung eines Teils der öffentlichen Meinung seit den Anschlägen vom 13. November 2015. Da ihnen nicht wirklich bewusst ist, sich *de facto* im Krieg zu befinden, wunderten sich zahlreiche Personen, dass der Islamische Staat sich seinerseits zum Gegen Schlag entschlossen hat.

Dieser Krieg gegen den (Islamischen) Terrorismus bringt einen dritten Widerspruch mit sich: Er wird in einer völligen strategischen Inkohärenz geführt. Mehrere Autoren haben diesen Aspekt in Debatten zur *Grande Stratégie* betont, das heißt zu Fragen geopolitischer Bündnisse. Frankreich und die Vereinigten Staaten sind mit Saudi-Arabien verbunden, das stark im Verdacht steht, die Attentäter des 11. September 2001 wie auch die Al-Nusra-Front in Syrien finanziert zu haben. Darüber hinaus müsste uns der Präzedenzfall des amerikanischen Krieges gegen den Terrorismus zur Vorsicht anleiten. Im Gegensatz zu dem, was einige zu oft in den Medien präsenten „Orientalisten“ behaupten, streckten die Vereinigten Staaten Al-Qaida in den Jahren 2001 und 2002 nicht nieder, und noch weniger die Taliban (sogar nachdem sie im Rahmen dieses Vorhabens mehrere tausend zivile afghanische Opfer mitunterbracht hatten). Gewiss versetzten die USA Al-Qaida einen Schlag, aber sie erzeugten im Zuge dessen Tausende von Berufungsergebnissen, die seinem jüngeren Cousin im Nahen Osten zu Gute kamen: dem Islamischen Staat. Die konstituierende Logik des Terrorismus durch den Ant-Terrorismus nahm eine noch massivere Form an während des Irak-Krieges von 2003. Der Islamische Staat ist das direkte Ergebnis des durch die amerikanische Intervention hervorgerufenen Auseinanderbrechens des irakischen Staates.

Diese strategische Blindheit ist ebenfalls spürbar in der gegenwärtigen Episode dieses Krieges, und zwar im Zusammenhang mit den Militärschlägen gegen den Islamischen Staat und der zumindest versuchten Bildung einer Allianz mit Putin. Sind sich die Anhänger dieses „strategischen Kurswechsels“ nicht darüber im Klaren, dass sie damit genau auf die Weise reagieren, die sich ihr Feind wünscht? In der Tat legen mehrere Beobachtungen nahe, dass sich der Islamische Staat eine Intensivierung

der westlichen Schläge erhofft: Seine „terroristische“ Vorgangsweise, welche die Mobilisierung kriegstreiberischer Emotionen aus Angst und Identitätsverletzung sucht, die Tatsache, dass er seine Legitimität aus einer antihumanitären Rhetorik schöpft, die die westlichen „Kreuzzüge“ anklagt, die vrilistischen Akzente seiner Kommunikation, welche übrigens ein perfektes Echo auf jene der französischen Höflichkeit darstellt, etc. Das Einnahmens der Strategie beinhaltet indes, seinen Gegner zu überraschen oder, auf jeden Fall, sich nicht auf sein Spiel einzulassen. Der Islamische Staat hat Frankreich eine Falle gestellt und Frankreich ist hineingetreten.

Der Krieg gegen den Terrorismus weist einen weiteren Widerspruch auf: Obwohl er im Namen der Demokratie und des politischen Liberalismus geführt wird, hat er innenpolitisch nur eine praktische Konsequenz – die Einschränkung der Freiheiten. Die von Präsident Hollande am 16. November vor beiden Kammern der französischen Legislative gehaltene Rede ist von diesem Gesichtspunkt ausgehend ein Paradebeispiel. Er schlägt ganz einfach vor, den Ausnahmezustand, der seit Januar 2015 Gestalt angenommen hat, zu konstitutionalisieren.

Man wird mir entgegenhalten, dass dieses Phänomen bei allen Kriegen auftritt. Zugegeben, aber genau da drückt doch der Schmerz Frankreich hat systematisch seine demokratischen Prinzipien jedes Mal verleugnet, wenn das Land in einen Krieg eintrat. Diese Geschichte begann mit der „*mission saovle*“ („heiligen Union“) von 1914, deren Respekt man noch heute einfordert. Damals hatte ein deutscher Abgeordneter die pluralistische (also demokratische) Ehre Deutschlands gerettet: der Sozialist Karl Liebknecht. Dieser hatte sich geweigert, für die Kriegskredite zu stimmen. Nach der Ermordung von Jean Jaurès stürzten sich alle seine französischen Kameraden ins Kampfgetümmel. Aber was ist eine Demokratie, in der das Volk wie ein einzelner Mann handelt? Ein totalitärer Staat.

Diese Geschichte nahm eine noch viel tragischere Form in den Jahren 1939 bis 1940 an. Die republikanische Regierung unter Édouard Daladier entschied (bereits damals) am 18. November 1939, alle „Individuen,

Franzosen oder Ausländer zu internieren, die als gefährlich für die nationale Verteidigung oder öffentliche Sicherheit gelten.“ Diese Kategorie umfasste die meisten Deutschen, die sich auf französischem Boden befanden. Diese mehrere tausend Personen umfassende Gruppe – die meisten von ihnen Juden und/oder Gegner des Naziregimes – waren nach Frankreich emigriert, da sie in diesem Land die Heimat der Menschenrechte sahen. Dann kam die Niederlage vom Juni 1940, die – von den Abgeordneten mehrheitlich sanktioniert – Auflösung der demokratischen Institutionen und der Artikel 19 des Waffenstillstandsabkommens, der anordnete, die internierten Männer und Frauen nach Deutschland abzuschieben. Die Fortsetzung der Geschichte ist bekannt ...

Zum Verständnis der Art und Weise, wie sich Frankreich im Krieg verhält, trägt natürlich auch die Geschichte des Algerienkrieges bei. Es ist jedoch festzuhalten, dass Frankreich nicht den Beginn der algerischen Revolution abwartete, um seinen demokratischen Prinzipien südlich des Mittelmeeres abzuschwören. In den algerischen Departements errichtete die französische Rechtsordnung zwei rechtskräftige Kategorien: die Bürger (Christen, Juden und Atheisten) und die „Subjekte“ (Moslems), denen alle politischen Rechte entzogen wurden. Diese Ungleichbehandlung verstärkte sich auf beispiellose Weise während des Algerienkrieges, in Folge der Zensur, der Massenverhaftungen, der Folter etc. Das „Mutterland“ wurde übrigens nicht von diesen antidemokratischen Auswüchsen verschont. Denken wir etwa an die stillschweigende Unterstützung der Prälekturen während des Massakers an friedlichen algerischen Demonstranten in Paris am 17. Oktober 1961.

Der Vergleich mit dem Algerienkrieg ermöglicht schließlich, dem letzten Widerspruch im Krieg gegen den Terrorismus zu beleuchten. Obwohl er sich in das Gewand des politischen Liberalismus hüllt, wird dieser Krieg außerhalb jedes rechtlichen Rahmens geführt. Die Militäranghörigen selbst haben übrigens keinen Anteil an diesem Zustand. Ich habe zahlreiche Interviews mit französischen Militärangehörigen geführt, die den Terrorismus bekämpfen. Ich kann bezeugen,

dass die meisten eine noble und völlig respektable Einstellung zu ihrem Beruf haben. Das Problem besteht im politischen Rahmen dieses Krieges. Zunächst ist hier die Tatsache zu nennen, dass die Unterscheidung zwischen „Zivilist“ und „Kampfsoldat“ – die Grundlage des Kriegesrechts – fast keine Geltung mehr hat. In vielen Fällen wird als „Kämpfer“ jede erwachsene Person männlichen Geschlechts bezeichnet, die sich an einem als „strategisch“ bezeichneten Standort befindet. Unter diesen Umständen versteht man, warum die veröffentlichten Zahlen der zivilen Opfer von einer Seite zur anderen voneinander abweichen. Übri-gens werden in der Regel diese Kämpfer (gemäß der Terminologie der Vereinigten Staaten) als „illegal“ angesehen, was ganz einfach bedeutet: die Genfer Konventionen sind nicht auf sie anwendbar.

In der Amtszeit von George W. Bush wurde die Entscheidung, diesen Männern den Status (und damit auch die Würde) eines anerkannten Kampfsoldaten zu verweigern, zweckdienlich verstanden. Es handelte sich darum, die Folter zu ermöglichen, welche der von der CIA durchgeführten Informationsbeschaffung diente. Seit einigen Jahren hat diese Entscheidung eine „identitätsstiftende“ Form angenommen, welche an den „humanitären“ Anspruch dieses Krieges gebunden ist. Im Rahmen des Krieges gegen den Terrorismus bekämpft man kein bedrohliches Alter Ego: einen „Sowjet“ etc. Im Gegenteil, man trotz-t Feinden der Menschheit, die gewöhnlich als „Barbaren“ bezeichnet werden. Aber was macht man mit Un-Menschen? Man „löscht sie aus“, um einen in der öffentlichen Meinung populär gewordenen Begriff wieder aufzunehmen. Diese Beobachtung bringt uns zurück zum Vergleich mit dem Algerienkrieg. Frantz Fanon schrieb in diesem Zusammenhang: „Unter der deutschen Besetzung sind die Franzosen durchaus Menschen geblieben. Unter der französischen Besetzung sind die Deutschen Menschen geblieben. In Algerien dagegen gibt es nicht nur eine Fremdherrschaft, sondern die buchstäbliche Entschlossenheit, ein Gebiet einfach in Besitz zu nehmen.“ (Fanon 1966/1981: 210) Fanon wusste, wovon er sprach: er war ein

großer algerischer Revolutionär und zugleich ein großer französischer Widerstandskämpfer.

Halten wir an dieser Stelle fest, dass sich diese Beobachtungen über die Inspiration nicht aus einer moralischen Verurteilung des Krieges oder einer Art ganzheitlichen Pazifismus schöpfen. Wir haben aus der Geschichte gelernt, solchen Gedankenlängen zu misstrauen. Die großen Feldherren lehren uns hingegen, dass der Einsatz militärischer Gewalt nicht das einzige Werkzeug zur Lösung von Sicherheitsproblemen ist. Wenn wir von These zustimmen, dass der Terrorismus, der Paris traf, in seiner Genealogie in erster Linie ein europäischer oder westlicher ist, dann sollten wir bei ihm die gleichen Rezepte anwenden wie bei den anderen Arten des Terrorismus, die sich in vorherigen Jahrzehnten in Europa entwickelt haben. Im Laufe der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts behandelte und löste Frankreich zahlreiche terroristische Probleme (rechtsextreme, linkextreme oder separatistische) mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln. Warum konzentrieren wir unsere Anstrengungen nicht auf diese Werkzeuge? Wenn man hingegen der These folgt, dass der islamische Terrorismus vor allem aus dem Nahen Osten kommt, so gibt es auch noch die Option der Diplomatie. Nach den Attentaten von Madrid im März 2004, die 191 Tote verursachten, hielt der neue Premierminister Zapatero sein Versprechen, die spanischen Truppen aus dem Irak abzuziehen, und die Attentate hörten auf. Allerdings wird dieser Vorschlag denen merkwürdig erscheinen, die (als gute Humanisten?) davon ausgehen, dass man mit Feinden der Menschheit nicht verhandelt.

*Aus dem Französischen von
Regine Krause und Eric Sangar*

Anmerkungen

- 1 Eine kürzere, französischsprachige Fassung dieses Textes veröffentlichte der Autor am 18. November 2015 in seinem Blog unter der Adresse <https://blogs.mediapart.fr/mathiasdelori/blog/181115/bombarder-bruxelles-ou-quelques-contradictions-de-la-guerre-contre-le-terrorisme>.
- 2 Kann man dies als Fortschritt ansehen? Im Vietnamkrieg betrug die durchschnittliche von der

US-Regierung bezahlte Entschädigung 35 Dollar pro vietnamesischem Zivilisten, der durch die amerikansische Armee getötet wurde (vgl. Gilbert 2015).

- 3 Unter dem Druck der rechten Opposition stellt die französische Regierung heute Überlegungen an, wie die präventive, das heißt ohne ein vorheriges Gerichtsurteil legitimierte Internierung von Personen, die von den Geheimdiensten als verdächtig eingestuft werden, realisiert werden könnte. Dieses Vorhaben ist Teil einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Konsequenterweise informierte die französische Regierung den Europäischen Rat der Menschenrechte bereits am 25. November 2015, dass ihre geplanten Maßnahmen gegen die Konvention verstoßen würden.

Literatur

- Bertrand, Gilles; Delori, Mathias (2015): *Terrorisme, émotions et relations internationales*. Essai d'éthique. Paris: Editions Myriapode.
- Fanon, Frantz (1966/1981): *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gilbert, Emily (2015): *The gift of war: Cash, counter-insurgency, and collateral damage*. In: *Security Dialogue* 46, H. 5, S. 403–421.
- Shaw, Martin (2006): *The New Western Way of War: Risk Transfer and its Crisis in Iraq*. Cambridge: Polity Press.
- Weizman, Eyal (2012): *The Least of all Possible Evils: Humanitarian Violence for Arendt to Gaza*. London: Verso.